

Politische Begehrlichkeiten und das Dübendorfer Paradoxon

Der Bericht der FDP zur Jahresrechnung 2025 zeigt: Die Kasse stimmt. Ein Eigenkapital von 346 Millionen Franken dient als Schutzschild gegen strukturelle Kritik. Doch finanzielle Stabilität ersetzt keine demokratische Legitimation.

Die Behörden warnen vor finanziellen Begehrlichkeiten, während sie selbst die grösste politische Begehrlichkeit pflegen: den Anspruch auf unhinterfragte Macht bei einer aktiven Legitimation von 25% Stimmbeteiligung. Wer mit 25% Legitimität ungestört durchregieren kann, spürt keinen Druck zur Erneuerung. Dieses Schulterklopfen zementiert den demokratischen Stillstand.

Den Politikern soll ihr guter Wille nicht abgesprochen werden. Ihr zeitintensiver Einsatz und die administrative Verwaltung sind einwandfrei. Doch Fleiss heilt den Systemfehler nicht. Wer mit grossem Engagement in die falsche Kurve fährt, entfernt sich nur schneller vom eigentlichen Ziel – der echten Anbindung an die Bevölkerung. Diese Arbeit findet in einem geschlossenen Partei-Silo statt, das drei Viertel der Menschen nicht erreicht.

Dieses Muster ist parteiübergreifend. Erst vor einer Woche flüchtete sich die GLP im Parteien-Forum in Phrasen wie «konstruktiver Dialog» und «Miteinander». Die Kritikpunkte sind deckungsgleich: Beide Parteien bedienen dasselbe System und versuchen, ihr angekratztes Bild mit schönen Worten oder prallen Kassen auszubessern.

Solange die Kassen voll sind, funktioniert die Illusion der Macht im Schönwetter-Paradoxon. Die restlichen 75 Prozent schweigen nicht aus Desinteresse, sondern weil sie sich im Alltag clever unter dem Radar eingerichtet haben. Sie werden kein digitales System nutzen, um Lücken zu flicken, durch die sie heute ungestört schlüpfen können. Doch eine Regierung hat die Pflicht, für den Ernstfall gewappnet zu sein. Wenn geopolitische Krisen, Kriege oder Versorgungsengpässe den Alltag erreichen, kollabieren die tönernen Füße. Wer im Sonnenschein drei Viertel der Menschen nicht erreicht, hat im Sturm keine Autorität, um Solidarität zu mobilisieren. Es ist die verdammte Pflicht der Regierung selbst, sich zu überlegen, wie sie diese 75 Prozent für den Krisenfall hinter sich bringt, statt nur das Eigenkapital bei Sonnenschein zu verwalten.